

Vertrag über die Auftragsverarbeitung

zwischen

der

als Verantwortlicher (hier bezeichnet als „**Auftraggeber**“)

und der

VD2 GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Nadine Rauß

Singapurstr. 15

20457 Hamburg

(hier bezeichnet als „**Auftragnehmerin**“)

Präambel

Der Auftraggeber nutzt die von der Auftragnehmerin betriebene VD2-Software zur Unterstützung im Rahmen der Verfahrensdokumentation. Der Auftraggeber möchte die Auftragnehmerin mit den in § 3 genannten Leistungen beauftragen. Im Rahmen der Vertragsdurchführung kann es zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten kommen. Insbesondere Art. 28 DSGVO stellt bestimmte Anforderungen an eine solche Auftragsverarbeitung. Zur Wahrung dieser Anforderungen schließen die Parteien die nachfolgende Vereinbarung, deren Erfüllung nicht gesondert vergütet wird, sofern dies nicht ausdrücklich vereinbart ist.

§ 1 | Begriffsbestimmungen |

(1) Verantwortlicher ist gem. Art. 4 Abs. 7 DSGVO die Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen Verantwortlichen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.

(2) Auftragsverarbeiter ist gem. Art. 4 Abs. 8 DSGVO eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

(3) Personenbezogene Daten sind gem. Art. 4 Abs. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen,

physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

(4) Besonders schutzbedürftige personenbezogene Daten sind personenbezogenen Daten gem. Art. 9 DSGVO, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit von Betroffenen hervorgehen, personenbezogene Daten gem. Art. 10 DSGVO über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherungsmaßnahmen sowie genetische Daten gem. Art. 4 Abs. 13 DSGVO, biometrischen Daten gem. Art. 4 Abs. 14 DSGVO, Gesundheitsdaten gem. Art. 4 Abs. 15 DSGVO sowie Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person.

(5) Verarbeitung ist gem. Art. 4 Abs. 2 DSGVO jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

(6) Aufsichtsbehörde ist gem. Art. 4 Abs. 21 DSGVO eine von einem Mitgliedstaat gem. Art. 51 DSGVO eingerichtete unabhängige staatliche Stelle.

§ 2 | Angabe der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde |

(1) Die Zuständige Aufsichtsbehörde für den Auftraggeber richtet sich nach dessen Sitz.

(2) Zuständige Aufsichtsbehörde für die Auftragnehmerin ist das Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein.

(3) Der Auftraggeber und die Auftragnehmerin und gegebenenfalls deren Vertreter arbeiten auf Anfrage mit der Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.

§ 3 | Zustandekommen des Vertrages, Vertragsgegenstand |

(1) Diese Vereinbarung tritt mit Bestätigung des Auftraggebers elektronischer Form in Kraft. Hierzu setzt der Auftraggeber im Zuge der Durchführung der Bestellung einen entsprechenden Haken und bestätigt damit das Zustandekommen des Vertrages. Der Vertrag endet mit der Beendigung des Hauptvertragsverhältnisses.

(2) Die Auftragnehmerin erbringt für den Auftraggeber Leistungen in Gestalt des Zurverfügungstellens einer Software zur Unterstützung der Verfahrensdokumentation und Interaktion mit dem Dokumentenmanagementsystem des Auftraggebers zur Nutzung (auch) über das Internet. Dabei erhält die Auftragnehmerin gegebenenfalls Zugriff auf personenbezogene Daten und verarbeitet diese ausschließlich im Auftrag und nach Weisung des Auftraggebers. Umfang und Zweck der Datenverarbeitung durch die Auftragnehmerin ergeben sich aus dem Hauptvertrag und der dazugehörigen Leistungsbeschreibung. Dem Auftraggeber obliegt die Beurteilung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung.

(3) Zur Konkretisierung der beiderseitigen datenschutzrechtlichen Rechte und Pflichten schließen die Parteien die vorliegende Vereinbarung. Die Regelungen der vorliegenden Vereinbarung gehen im Zweifel den Regelungen des Hauptvertrags vor.

(4) Die Bestimmungen dieses Vertrages finden Anwendung auf alle Tätigkeiten, die mit dem Hauptvertrag in Zusammenhang stehen und bei der die Auftragnehmerin und ihre Beschäftigten oder

durch die Auftragnehmerin Beauftragte mit personenbezogenen Daten in Berührung kommen, die vom Auftraggeber stammen oder für den Auftraggeber erhoben wurden.

(5) Die Laufzeit dieses Vertrags richtet sich nach der Laufzeit des Hauptvertrages, sofern sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht darüberhinausgehende Verpflichtungen oder Kündigungsrechte ergeben.

§ 4 | Weisungsrecht |

(1) Die Auftragnehmerin darf Daten nur im Rahmen des Hauptvertrags und gemäß den Weisungen des Auftraggebers erheben, verarbeiten oder nutzen; dies gilt insbesondere in Bezug auf die Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation. Wird die Auftragnehmerin durch das Recht der Europäischen Union oder der Mitgliedstaaten, dem er unterliegt, zu weiteren Verarbeitungen verpflichtet, teilt sie dem Auftraggeber diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit.

(2) Die Weisungen des Auftraggebers werden anfänglich durch diesen Vertrag festgelegt und können vom Auftraggeber danach in schriftlicher Form oder in Textform durch einzelne Weisungen geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung). Der Auftraggeber ist jederzeit zur Erteilung entsprechender Weisungen berechtigt. Dies umfasst Weisungen in Hinblick auf die Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten. Soweit nicht anders vereinbart, ist der Datenschutzbeauftragte des Auftraggebers die weisungsberechtigte Person. Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der benannten Personen ist dem Vertragspartner unverzüglich der Nachfolger bzw. Vertreter in Textform zu benennen.

(3) Alle erteilten Weisungen sind sowohl vom Auftraggeber als auch von der Auftragnehmerin zu dokumentieren. Weisungen, die über die hauptvertraglich vereinbarte Leistung hinausgehen, werden als Antrag auf Leistungsänderung behandelt.

(4) Ist die Auftragnehmerin der Ansicht, dass eine Weisung des Auftraggebers gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt, hat sie den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen. Die Auftragnehmerin ist berechtigt, die Durchführung der betreffenden Weisung so lange auszusetzen, bis diese durch den Auftraggeber bestätigt oder geändert wird. Die Auftragnehmerin darf die Durchführung einer offensichtlich rechtswidrigen Weisung ablehnen.

§ 5 | Art der verarbeiteten Daten, Kreis der Betroffenen |

(1) Im Rahmen der Durchführung des Hauptvertrags erhält die Auftragnehmerin ggf. Zugriff die nachfolgend aufgeführten Daten, die nicht zwingend, jedoch potentiell Personenbezug aufweisen:

- Inhalt der jeweiligen Verfahrensdokumentation einschließlich der zugehörigen Unterlagen;
- Daten des Auftraggebers sowie ggf. dessen Angestellten, insbesondere soweit Gehaltsabrechnungen Gegenstand der Dokumentation sind, insb. Vor- und Nachname, Anschrift, Steuernr., Steuerklasse, Personenstand, E-Mailadressen, Telefonnummern;
- Daten von Kunden des Auftraggebers, soweit diese in dokumentierten Geschäftsvorfällen oder anderen Unterlagen enthalten sind, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse, sowie ggf. Vertragsdaten;

- Daten, von Dritten, die nicht Kunden des Auftraggebers sind, soweit diese in dokumentierten Geschäftsvorfällen oder anderen Unterlagen enthalten sind, z.B. Vor- und Nachname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse;
- ggf. gespeicherte Kommunikationsinhalte, insbesondere in Geschäftsbriefen, E-Mails etc.

(2) Der Kreis der durch die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Vereinbarung betroffenen Personen kann umfassen:

- Beschäftigte oder sonstige Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers im Sinne von § 26 Abs. 8 BDSG;
- Kunden des Auftraggebers;
- Dritte, soweit diese in Geschäftsvorfällen, Geschäftsbriefen, etc. genannt sind.

(3) Im Rahmen der Durchführung des Hauptvertrags erhält die Auftragnehmerin gegebenenfalls Zugriff auf besondere Kategorien personenbezogener Daten. Das sind:

Soweit in der Verfahrensdokumentation enthalten, insbesondere soweit sich dies aus Gehaltsabrechnungen oder Rechnungsvermerken ergibt oder sonst in den Kommunikationsinhalten enthalten, können in den Daten personenbezogene Daten, aus denen eine Gewerkschaftszugehörigkeit oder Gesundheitsdaten einer natürlichen Person vorliegen, wobei deren Verarbeitung durch den Auftraggeber nach Art. 9 Abs. 3 DSGVO erfolgt. Hierbei handelt es sich um

Angaben zum Vorliegen einer Behinderung

Angaben über die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft

§ 6 | Schutzmaßnahmen der Auftragnehmerin |

(1) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz zu beachten und die aus dem Bereich des Auftraggebers erlangten Informationen nicht an Dritte weiterzugeben oder deren Zugriff auszusetzen. Unterlagen und Daten sind gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte unter Berücksichtigung des Stands der Technik zu sichern.

(2) Die Auftragnehmerin wird in ihrem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Sie trifft alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers gem. Art. 32 DSGVO, insbesondere:

- Maßnahmen zur Gewährleistung der Fähigkeit, die Vertraulichkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. b DSGVO), Integrität (Art. 32 Abs. 1 lit. b DSGVO), Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste (Art. 32 Abs. 1 lit. b DSGVO) im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sicherzustellen:
 - Einsatz von Verschlüsselungstechnologien: Datenübertragung per HTTPS (TLS) bzw. FTPS/SFTP
 - Zugangskontrolle durch Einsatz sicherer Passwörter
- Maßnahmen zur Gewährleistung der Fähigkeit, die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten und den Zugang zu ihnen bei einem physischen oder technischen Zwischenfall rasch wiederherzustellen (Art. 32 Abs. 1 lit. c DSGVO).
 - regelmäßige Erstellung von Backups

- Ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung (Art. 32 Abs. 1 lit. d, Art. 25 Abs. 1 DSGVO).
- Standardmäßige Sicherstellung der ordnungsgemäßen Betriebsfähigkeit aller Systeme einschließlich Belastbarkeitskontrollen durch Hosting bei Hostern, die mindestens einen der folgenden Standards erfüllen: ISO/IEC 27001, SOC2.

Eine Änderung der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen bleibt der Auftragnehmerin vorbehalten, wobei sie sicherstellt, dass das vertraglich vereinbarte Schutzniveau nicht unterschritten wird.

(3) Bei der Auftragnehmerin ist als Datenschutzbeauftragter bestellt: Nadine Rauß, Datenschutz@VD2.Software. Die Auftragnehmerin veröffentlicht die Kontaktdaten des Ansprechpartners für Datenschutz auf ihrer Internetseite.

(4) Den bei der Datenverarbeitung durch die Auftragnehmerin beschäftigten Personen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen. Die Auftragnehmerin wird alle Personen, die von ihr mit der Bearbeitung und der Erfüllung dieses Vertrages betraut werden (im folgenden Mitarbeiter genannt), entsprechend verpflichten (Verpflichtung zur Vertraulichkeit, Art. 28 Abs. 3 lit. b DSGVO) und mit der gebotenen Sorgfalt die Einhaltung dieser Verpflichtung sicherstellen. Diese Verpflichtungen müssen so gefasst sein, dass sie auch nach Beendigung dieses Vertrages oder des Beschäftigungsverhältnisses zwischen dem Mitarbeiter und der Auftragnehmerin bestehen bleiben. Dem Auftraggeber sind die Verpflichtungen auf Verlangen in geeigneter Weise nachzuweisen.

§ 7 | Informationspflichten der Auftragnehmerin |

(1) Bei Störungen, Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen der Auftragnehmerin, Verdacht auf sicherheitsrelevante Vorfälle oder andere Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch die Auftragnehmerin, bei ihm im Rahmen des Auftrags beschäftigten Personen oder durch Dritte wird die Auftragnehmerin den Auftraggeber unverzüglich in Schriftform oder Textform informieren. Dasselbe gilt für Prüfungen der Auftragnehmerin durch die Datenschutz-Aufsichtsbehörde. Die Meldung über eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten enthält zumindest folgende Informationen:

- a) eine Beschreibung der Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, soweit möglich mit Angabe der Kategorien und der Zahl der betroffenen Personen, der betroffenen Kategorien und der Zahl der betroffenen personenbezogenen Datensätze;
- b) eine Beschreibung der von der Auftragnehmerin ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung und gegebenenfalls Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.

(2) Die Auftragnehmerin trifft unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten und zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen der Betroffenen, informiert hierüber den Auftraggeber und ersucht um weitere Weisungen.

(3) Die Auftragnehmerin ist darüber hinaus verpflichtet, dem Auftraggeber jederzeit Auskünfte zu erteilen, soweit dessen Daten von einer Verletzung nach Absatz 1 betroffen sind.

(4) Sollten die Daten des Auftraggebers bei der Auftragnehmerin durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden, so hat die Auftragnehmerin den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren, sofern ihr dies nicht durch gerichtliche oder behördliche Anordnung untersagt ist. Die Auftragnehmerin wird in diesem Zusammenhang alle zuständigen Stellen unverzüglich darüber

informieren, dass die Entscheidungshoheit über die Daten ausschließlich beim Auftraggeber als „Verantwortlichem“ im Sinne der DSGVO liegen.

(5) Über wesentliche Änderung der Sicherheitsmaßnahmen nach § 6 Abs. 2 hat die Auftragnehmerin den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten.

(6) Ein Wechsel in der Person des Ansprechpartners für den Datenschutz ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

(7) Die Auftragnehmerin und gegebenenfalls ihr Vertreter führen ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Auftraggebers durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung, das alle Angaben gem. Art. 30 Abs. 2 DSGVO enthält. Das Verzeichnis ist dem Auftraggeber auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.

(8) An der Erstellung des Verfahrensverzeichnisses durch den Auftraggeber hat die Auftragnehmerin im angemessenen Umfang mitzuwirken. Er hat dem Auftraggeber die jeweils erforderlichen Angaben in geeigneter Weise mitzuteilen.

§ 8 | Kontrollrechte des Auftraggebers |

(1) Der Auftraggeber überzeugt sich vor der Aufnahme der Datenverarbeitung und sodann regelmäßig von den technischen und organisatorischen Maßnahmen der Auftragnehmerin. Hierfür kann er z. B. Auskünfte der Auftragnehmerin einholen, sich vorhandene Testate von Sachverständigen, Zertifizierungen oder internen Prüfungen vorlegen lassen oder die technischen und organisatorischen Maßnahmen der Auftragnehmerin nach rechtzeitiger Abstimmung zu den üblichen Geschäftszeiten selbst persönlich prüfen bzw. durch einen sachkundigen Dritten prüfen lassen, sofern dieser nicht in einem Wettbewerbsverhältnis zur Auftragnehmerin steht. Der Auftraggeber wird Kontrollen nur im erforderlichen Umfang durchführen und die Betriebsabläufe der Auftragnehmerin dabei nicht unverhältnismäßig stören.

(2) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf dessen mündliche oder schriftliche Anforderung innerhalb einer angemessenen Frist alle Auskünfte und Nachweise zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung einer Kontrolle der technischen und organisatorischen Maßnahmen der Auftragnehmerin erforderlich sind.

(3) Der Auftraggeber dokumentiert das Kontrollergebnis und teilt es der Auftragnehmerin mit. Bei Fehlern oder Unregelmäßigkeiten, die der Auftraggeber insbesondere bei der Prüfung von Auftragsergebnissen feststellt, hat er die Auftragnehmerin unverzüglich zu informieren. Werden bei der Kontrolle Sachverhalte festgestellt, deren zukünftige Vermeidung Änderungen des angeordneten Verfahrensablaufs erfordern, teilt der Auftraggeber der Auftragnehmerin die notwendigen Verfahrensänderungen unverzüglich mit.

(4) Die Auftragnehmerin stellt dem Auftraggeber auf dessen Wunsch ein umfassendes und aktuelles Datenschutz- und Sicherheitskonzept für die Auftragsverarbeitung sowie über zugriffsberechtigte Personen zur Verfügung.

(5) Die Auftragnehmerin weist dem Auftraggeber die Verpflichtung der Mitarbeiter nach § 6 Abs. 4 auf Verlangen nach.

§ 9 | Einsatz von Subunternehmern |

(1) Die vertraglich vereinbarten Leistungen bzw. die nachfolgend beschriebenen Teilleistungen werden unter Einschaltung der im Folgenden aufgeführten Subunternehmer durchgeführt:

Name und Anschrift des Subunternehmers	Vom Subunternehmer erbrachte Leistungen
Celonis Inc, One World Trade Center Celonis Inc., 87th Floor New York, New York 10007	Schnittstellen zwischen verschiedenen Cloud Anwendungen. Hosting ausschließlich in EU
Jotform Inc., 4 Embarcadero Center, Suite 780, San Francisco CA 94111	Hosting von Bestellformularen. Hosting ausschließlich in EU
Microsoft Corporation, One Microsoft Way, Redmond, WA 98052	Dateiablage – “Onedrive” – Hosting ausschließlich in EU

Die Auftragnehmerin ist im Rahmen ihrer vertraglichen Verpflichtungen zur Begründung von weiteren Unterauftragsverhältnissen mit Subunternehmern („Subunternehmerverhältnis“) befugt. Sie setzt den Auftraggeber hiervon unverzüglich in Kenntnis. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, Subunternehmer sorgfältig nach deren Eignung und Zuverlässigkeit auszuwählen. Die Auftragnehmerin hat bei der Einschaltung von Subunternehmern diese entsprechend den Regelungen dieser Vereinbarung zu verpflichten und dabei sicherzustellen, dass der Auftraggeber seine Rechte aus dieser Vereinbarung (insbesondere seine Prüf- und Kontrollrechte) auch direkt gegenüber den Subunternehmern wahrnehmen kann. Sofern eine Einbeziehung von Subunternehmern in einem Drittland erfolgen soll, hat die Auftragnehmerin sicherzustellen, dass beim jeweiligen Subunternehmer ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist (z. B. durch Abschluss einer Vereinbarung auf Basis der EU-Standarddatenschutzklauseln). Die Auftragnehmerin wird dem Auftraggeber auf Verlangen den Abschluss der vorgenannten Vereinbarungen mit seinen Subunternehmern nachweisen.

(2) Ein Subunternehmerverhältnis im Sinne dieser Bestimmungen liegt nicht vor, wenn die Auftragnehmerin Dritte mit Dienstleistungen beauftragt, die als reine Nebenleistungen anzusehen sind. Dazu gehören z. B. Post-, Transport- und Versandleistungen, Reinigungsleistungen, Telekommunikationsleistungen ohne konkreten Bezug zu Leistungen, die die Auftragnehmerin für den Auftraggeber erbringt und Bewachungsdienste. Wartungs- und Prüfleistungen stellen zustimmungspflichtige Subunternehmerverhältnisse dar, soweit diese für IT-Systeme erbracht werden, die auch im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen für den Auftraggeber genutzt werden.

§ 10 | Anfragen und Rechte Betroffener |

(1) Die Auftragnehmerin unterstützt den Auftraggeber nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen bei der Erfüllung von dessen Pflichten nach Art. 12–22 sowie 32 und 36 DSGVO.

(2) Macht ein Betroffener Rechte, etwa auf Auskunftserteilung, Berichtigung oder Löschung hinsichtlich seiner Daten, unmittelbar gegenüber der Auftragnehmerin geltend, so reagiert diese nicht selbstständig, sondern verweist den Betroffenen unverzüglich an den Auftraggeber und wartet dessen Weisungen ab.

§ 11 | Haftung |

(1) Für den Ersatz von Schäden, die ein Betroffener wegen einer nach den Datenschutzgesetzen unzulässigen oder unrichtigen Datenverarbeitung oder Nutzung im Rahmen der Auftragsverarbeitung erleidet, ist im Innenverhältnis zur Auftragnehmerin alleine der Auftraggeber gegenüber dem Betroffenen verantwortlich.

(2) Die Parteien stellen sich jeweils von der Haftung frei, wenn eine Partei nachweist, dass sie in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den der Schaden bei einem Betroffenen eingetreten ist, verantwortlich ist.

§ 12 | Außerordentliches Kündigungsrecht |

Der Auftraggeber kann den Hauptvertrag fristlos ganz oder teilweise kündigen, wenn die Auftragnehmerin ihren Pflichten aus diesem Vertrag nicht nachkommt, Bestimmungen der DSGVO vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder eine Weisung des Auftraggebers nicht ausführen kann oder will. Bei einfachen – also weder vorsätzlichen noch grob fahrlässigen – Verstößen setzt der Auftraggeber der Auftragnehmerin eine angemessene Frist, innerhalb welcher die Auftragnehmerin den Verstoß abstellen kann.

§ 13 | Beendigung des Hauptvertrags |

(1) Die Auftragnehmerin wird dem Auftraggeber nach Beendigung des Hauptvertrags oder jederzeit auf dessen Anforderung alle ihr überlassenen Unterlagen, Daten und Datenträger zurückgeben oder – auf Wunsch des Auftraggebers, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht – löschen. Dies betrifft auch etwaige Datensicherungen bei der Auftragnehmerin. Die Auftragnehmerin hat den dokumentierten Nachweis der ordnungsgemäßen Löschung noch vorhandener Daten zu führen. Zu entsorgende Unterlagen sind mit einem Aktenvernichter nach DIN 32757-1 zu vernichten. Zu entsorgende Datenträger sind nach DIN 66399 zu vernichten.

(2) Der Auftraggeber hat das Recht, die vollständige und vertragsgerechte Rückgabe bzw. Löschung der Daten bei der Auftragnehmerin in geeigneter Weise zu kontrollieren.

(3) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, auch über das Ende des Hauptvertrags hinaus die ihm im Zusammenhang mit dem Hauptvertrag bekannt gewordenen Daten vertraulich zu behandeln. Die vorliegende Vereinbarung bleibt über das Ende des Hauptvertrags hinaus solange gültig, wie die Auftragnehmerin über personenbezogene Daten verfügt, die ihm vom Auftraggeber zugeleitet wurden oder die er für diesen erhoben hat.

§ 14 | Schlussbestimmungen |

(1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Einrede des Zurückbehaltungsrechts durch die Auftragnehmerin i. S. d. § 273 BGB hinsichtlich der zu verarbeitenden Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen ist.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Textform. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis. Der Vorrang individueller Vertragsabreden bleibt hiervon unberührt.

(3) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der jeweils übrigen Bestimmungen nicht berührt.

(4) Soweit diese AVV oder sonstige Vertragsunterlagen auch in andere Sprachen übersetzt werden, dient dies lediglich als Lesehilfe. Bei Streit- bzw. Auslegungsfragen ist jeweils ausschließlich die deutsche Fassung heranzuziehen.

(5) Diese Vereinbarung unterliegt deutschem Recht. Ausschließlicher Gerichtsstand ist 20457 Hamburg.

Stand: Februar 2023